

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913**

17.7.1913 (No. 192)





# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 192

Donnerstag, den 17. Juli 1913

156. Jahrgang

Expedition:  
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-  
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), woselbst auch  
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.  
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keine  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 5. Juli 1913 gnädigst geruht, dem nicht-etatmäßigen außerordentlichen Professor Dr. Edwin Goldmann an der Universität Freiburg den Titel ordentlicher Honorarprofessor zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 26. Juni 1913 gnädigst geruht, den Vorstand der Kulturinspektion Waldshut in Tiengen, Oberbauinspektor Heinrich Fels, in gleicher Eigenschaft nach Offenburg zu versetzen.

Das Großh. Ministerium des Innern hat unterm 11. Juli 1913 den etatmäßigen Verwaltungsaktuar August Kamp von Buchen zum Registrator bei dem Großh. Gewerbeaufsichtsamt ernannt.

### Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 2. Klasse der 3. Preussisch-Süddeutschen (229. Königlich Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 8. und 9. August 1913 stattfinden.

Die Lose für diese Klasse müssen spätestens bis zum 4. August 6 Uhr abends bei den zuständigen Großherzoglich Badischen Lotterierechnern erneuert werden, wo auch Kauflose erhältlich sind.

Karlsruhe, den 15. Juli 1913.

Großherzogliche Landeshauptkasse.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 16. Juli.

#### Der neue Balkankrieg.

Belgrad, 15. Juli. Ministerpräsident Pašić hat sich um 2 Uhr nachmittags mittels Sonderzugs nach Niš begeben, woselbst er mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos und dem montenegrinischen Ministerpräsidenten Njefić zusammenzutreffen wird. Wie verlautet, werden in der Konferenz die Forderungen festgestellt werden, welche die Verbündeten an Bulgarien stellen wollen. — Das Regierungsgesamt „Samoprava“ führt aus, daß die Verbündeten sich den Ratsschlagen Anstalts entsprechend bereit erklärt haben, die Friedensverhandlungen aufzunehmen und Bevollmächtigte Bulgariens behufs Abschlußes des Präliminarfriedens zu erwarten. Um so größere Verwunderung müsse die Haltung Bulgariens hervorgerufen, welches versuche, die Verantwortung von sich abzuwälzen. Die Unaufrichtigkeit der bulgarischen Regierung müsse den Verbündeten nur neues Mißtrauen einflößen. Die Politik der Zweideutigkeit, welche Bulgarien führen wolle, sei unmöglich geworden.

Athen, 16. Juli. (Agence d'Athènes.) Nach einer langen Unterredung im Hauptquartier einigte sich der König mit Ministerpräsident Venizelos über die auf die Forderung Anstalts zu erteilende Antwort, in der zwecks Einstellung der Feindseligkeiten folgende Bedingungen für den definitiven Abschluß des Friedens aufgestellt wurden: Abtretung aller von den Verbündeten besetzten Gebiete seitens Bulgariens, Zahlung einer Entschädigung für die durch den Krieg verursachten Kosten und für den Schaden, der den Bewohnern, der von den Bulgaren eingeschleppten Städte und Dörfer erwachsen ist. Garantien für Leben und Eigentum der Griechen in Thrazien und ganz besonders für die freie Ausübung der Religion und des Unterrichts. Endlich Abrüstung innerhalb eines festzusetzenden Zeitraumes.

Belgrad, 15. Juli. Amtlichen serbischen Berichten zufolge hält die seit drei Tagen auf dem Schlachtfeld eingetretene Waffenruhe noch an. Es kam nur zu kleineren Zusammenstößen an der serbisch-bulgarischen Grenze. Die unter der Bevölkerung verbreitete Privatnachricht, daß bei Küstendil schon vor mehreren Tagen eine entscheidende Schlacht begonnen habe, wird an maßgebender Stelle als unzutreffend bezeichnet.

Athen, 15. Juli. Der griechische Generalstabschef Dumanis telegraphierte heute dem Kriegsminister: Auf dem linken Flügel des Zentrums unserer Front rückten unsere Truppen, ohne Widerstand zu finden, vor. Auf dem rechten Flügel schlugen unsere Streitkräfte den Feind

nach einem erbitterten Kampf in die Flucht und besetzten Drama. Der Metropolit von Drama, die christlichen, mohammedanischen und jüdischen Einwohner empfingen unsere Truppen mit Freudenstrahlen als Erlöser, die sie noch zur rechten Zeit vor einer Katastrophe bewahrt hätten. Es kam zu ergreifenden Ausbrüchen, wobei die dankbaren Einwohner den Offizieren und Soldaten die Hände küßten. Der gleiche Empfang wurde uns in allen von uns besetzten Ortschaften zuteil.

Sofia, 15. Juli. (Ag. Bulg.) Nachdem eine serbische Kolonne, die bis auf 20 Kilometer in das Innere Bulgariens eingedrungen und in der kleinen Stadt Bosilobgrad eingezogen war, die sie mit sämtlichen umliegenden Dörfern plünderte, und dann zurückgeschlagen worden war, wurde am 12. Juli festgestellt, daß der Befehlshaber des 3. serbischen Bataillons, Dragolub Arseniewitsch, 4 bulgarische Offiziere, einen Unteroffizier und einen Soldaten, die die Serben in Bosilobgrad gefangen hatten, erschossen ließ. Einen Tag vorher waren 10 bulgarische Soldaten unter den Augen der Bevölkerung von Bosilobgrad, die vor Schrecken in das Innere geflohen war, niedergemacht worden. Im Augenblick der Einnahme des Dorfes Uzem durch die Bulgaren fand man in den serbischen Schanzgräben die Leichen von drei bulgarischen Mädchen im Alter von 13—15 Jahren verstümmelt vor. Ähnliche Grausamkeiten wurden von den Serben in anderen Dörfern begangen.

Konstantinopel, 16. Juli. Die türkische Armee hat bereits die Linie Enos-Midia besetzt. Der Aufmarsch ging ohne Störung glatt vonstatten. Die Bulgaren liegen in der Eile der Räumung auf der Strecke einen Eisenbahnschutz zurück. Zusammenstöße scheinen bisher vermieden worden zu sein.

Bukarest, 16. Juli. Der König hat sich gestern abend zur Armee begeben.

London, 15. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Seite, Rumänien habe eine der Aufgaben der Mobilisierung erfüllt, nämlich die Befestigung der neuen strategischen Grenze, und werde jetzt versuchen, Bulgarien zu veranlassen, sich mit Serbien und Griechenland zu verständigen, um eine Störung des Gleichgewichts auf dem Balkan zu verhindern. Wenn diese Bestrebungen zum Ziel gelangten, so werde allem Anschein nach Rumänien seine Aufgaben erfüllt haben. Man hofft, daß nach der endgültigen Regelung Rumäniens und die übrigen Balkanstaaten damit beginnen, zusammenzuarbeiten in dem gemeinsamen Bestreben, die eigenen Interessen zu verteidigen. Wenn kein Einzelstaat die Vorherrschaft haben werde, so werde das wahrscheinlich den Anschluß Rumäniens an einen Balkanbund, wie er sich immer in Zukunft gestalten möge, in sich schließen.

London, 15. Juli. (Unterhaus.) In Erwiderung auf verschiedene Anfragen betreffend den Balkan erwiderte Staatssekretär Sir Edward Grey: Die Lage ist noch immer so, wie ich sie gestern abend beschrieben habe. Bulgarien hat sich an Anstalts gewandt, um die Einstellung der Feindseligkeiten zu erwirken. Griechenland und Serbien haben verlangt, daß gewisse Bedingungen von Bulgarien angenommen werden, ehe sie einem Waffenstillstand zustimmen. Ich möchte die Haltung der Großmächte dahin zusammenfassen, daß ich sage, daß es seit dem Beginn des Krieges im vorigen Jahre ihre Politik gewesen ist, Fühlung miteinander zu nehmen, um den Frieden am Balkan zu fördern und wenn sie dies durch diplomatischen Einfluß erreichen können, sich einer gemeinsamen Intervention zu enthalten und nichts für sich selbst zu beanspruchen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Einvernehmen zwischen den Großmächten aufrecht erhalten werden kann, wenn sie verschiedene Punkte dieser Politik fallen lassen.

### Chinesische Wirren.

St. Petersburg, 16. Juli. Der russische Gesandte in Peking hat dem chinesischen Minister des Äußeren eine Mitteilung gemacht, in der es heißt: Nachdem die chinesische Regierung es versucht hat, durch Vorschläge redaktionellen Charakters den Sinn des Vertrages mit der russischen Regierung betreffend die Mongoleifrage dahin abzuändern, daß die Mongolei unter Vernichtung der Macht des Hututu und des Ministerrates in ihre frühere Lage hätte zurückkehren müssen, ist die russische Regierung der Ansicht, daß die Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Resultat geführt haben und daß sie wieder freie Hand behält. Jedoch ist die russische Regierung bereit, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wenn China erklärt, daß es die Autonomie der Mongolei, der inneren Mongolei nicht mit einbegreifen, anerkennt und daß es die guten Dienste Anstalts zum Zweck der mongolisch-chinesischen Beziehungen auf der Grundlage des russisch-mongolischen Abkommens und des Protokolls vom

3. November 1912 annimmt, dagegen Anstalts die Souveränität Chinas anerkennt. Falls eine Verständigung mit China zustandekommt, wird Anstalts in seinen Beziehungen zur Mongolei sich an die Grundlagen des russisch-mongolischen Vertrages halten.

Peking, 15. Juli. Zu den inneren Unruhen in China treten nunmehr ernste Schwierigkeiten mit dem Ausland. Es herrscht hier große Aufregung sowohl unter den Chinesen als auch unter den Ausländern wegen neuer Forderungen, die von Anstalts unerwarteterweise gestellt wurden; Anforderungen, die an Stelle des Abkommens treten sollen, das von der chinesischen Regierung angenommen, am 30. Mai dem Parlament unterbreitet, von ihm an eine besondere Kommission verwiesen wurde, alsdann die Zustimmung des Repräsentantenhauses erhielt und jetzt im Senat beraten werden soll. Gestern und heute fanden geheime Sitzungen beider Häuser statt. Der Premierminister, dringlich aufgefordert, machte den Mitgliedern die Mitteilung, daß Anstalts China eröffnet habe, es habe sich entschlossen, das vorgeschlagene Abkommen vor seiner Unterzeichnung zu annullieren. Anstalts habe an Stelle dieses Abkommens vier neue Vorschläge gesetzt, die die chinesische Regierung für härter halte als die Bestimmungen des jetzigen Abkommens. Durch diese Vorschläge werde die volle Autonomie der äußeren Mongolei anerkannt, China nur zum Suzerän erklärt und gezwungen, die russische Vermittlung anzunehmen, um alle Rechte anzuerkennen, die durch das Abkommen und das Protokoll von Urga vom November v. J. Anstalts zugestanden worden seien. Ferner werden durch diese Vorschläge die Rechte der russischen Untertanen und Händler in der Mongolei festgesetzt. Alle Fragen, die sich daraus ergeben, sollen durch spätere Verhandlungen erledigt werden. Im Parlament wurde gegen die neuen Vorschläge ein scharfer Widerspruch laut.

### Politische Übersicht.

#### Die Vertagung des württembergischen Landtags.

SRK. Stuttgart, 15. Juli.

Spätestens Ende Juni sollten die Arbeiten des Landtags soweit erledigt sein, daß Vertagung bis zum Herbst eintreten könnte, aber es hat bis zum 11. Juli gedauert. Seit dem 8. April haben die Beratungen ununterbrochen gewährt, wenigstens in der Zweiten Kammer, nachdem schon vom 9.—29. Januar eine kurze Sitzungsperiode mit der Konstituierung des neugewählten Hauses verbunden worden war. Insgesamt 78 Sitzungen wurden abgehalten. Viele davon können als verloren angesehen werden, weil sie nur durch eine von Jahr zu Jahr, etwa mit dem Anwachsen der Zahl von Berufspolitikern, Partei- und Verbandssekretären wachsende Vielrederei beansprucht wurden, ohne den Wert der parlamentarischen Arbeiten im mindesten zu fördern. Es muß einmal ausgesprochen werden, daß nirgends im Deutschen Reich, auch nicht im Reichstag, ja nicht einmal im Bayerischen Landtag soviel Neben „zum Fenster hinaus“ gehalten werden, wie in unserem Halbmondsaal. Man wird ihr bald den Saal der Wiederholungen und der verlorenen Worte nennen müssen, wenn die Parteien nicht soviel Selbstzucht besitzen, diesem Zustande ein Ende zu machen. Sie sind in dieser Hinsicht allzumal Sünder, freilich mit Abstufungen: Läßliche Sünder die Konservativen mit dem Bauernbund und die Nationalliberalen, Totsünder die Volksparteier und Sozialdemokraten, himmelschreiende Sünder etliche Männer vom Zentrum. In letzterem Lager wird man diese Graduierung am besten verstehen. Auch das neue Präsidium vermochte die Redewut nicht zu hemmen, obgleich es redlich darum bemüht war und bei diesem Bestreben mit größeren Hoffnungen auf Unterstützung durch den eigenen Anhang vorgehen durfte als weiland der demokratische Herr von Bayer. Aber jedes Ding hat sein Ende, selbst eine württembergische Staatsberatung.

Sie hat samt den mit dem Hauptfinanzetat für 1913/14 zusammenhängenden Vorlagen, der Zivilliste, der Änderung des Lehrerbeförderungsgesetzes, den Gerichts- und Notariatsgebühren und der Regelung des Ruhegehalts der Beamten der aufgehobenen tierärztlichen Hochschule, den Hauptgegenstand der parlamentarischen Arbeiten gebildet. Sonst war die Ausbeute nicht eben groß: Das Lichtspielgesetz hat das Plenum der



Ersten und Zweiten Kammer in erster Lesung passiert; Pensionsrechte und Unfallfürsorge für Körperchaftsbeamte sind in erster Lesung durch die Zweite Kammer gegangen und sollen spätestens am 1. April nächsten Jahres Gesetz werden; Staatshaushalts- und Rechnungshofgesetz sind ebenso wie die Novelle über die Besteuerungsrechte der Amtskörperschaften und Gemeinden noch im Schoße des Finanzausschusses der Zweiten Kammer. Die eigentlich zum Etat gehörige Landespolizei-Zentrale wurde aus diesem herausgetrennt und für den Herbst zurückgestellt, was einen Sieg der von Gaußschen Verschleppungstaktik bedeutet. Sie wird aber im Herbst die erforderliche Beschleunigung aus dem Hause selbst heraus erfahren. Die Begordnung, ein seit so vielen Jahren in der Vorbereitung befindliches und schon wiederholt nahe seinem Ziele wieder aufgehaltenes Reformwerk, wird gleichfalls in der Wintertagung eine Vorzugsbehandlung erfahren und sich hoffentlich der neuen Bauordnung würdig anreihen. Das Beste bleibt sonach noch zu tun.

Aber wenn auch das Arbeitstempo sehr viel zu wünschen ließe, arbeitsfähig hat sich der neue Landtag vollausgewiesen. Die Befürchtungen, die das Gegenteil kommen sahen, besonders die demokratischen Unkenrufe, die von dem veränderten Mehrheitsverhältnis auf ihre Kosten alsbald einen Stillstand der landständischen Arbeit, völlige Unfruchtbarkeit und dergleichen so laut erwarteten, daß sie es beinahe selber glaubten, waren leerer Schall. Weder das württembergische Vaterland im allgemeinen, noch der Gang der Regierungsgeschäfte samt der parlamentarischen Mitwirkung haben seit dem Aufhören der Diktatur Gaußmann auch nur die geringste Beeinträchtigung erfahren. Die große Aktion gegen die Beibehaltung der Kreisregierungen ergab für diese zwei schwere Niederlagen, indem die Mehrheit gegen die Aufhebung bei der zweiten Abstimmung noch kräftiger hervortrat als beim erstenmal, und ein anderer volksparteilicher, spezifisch Gaußmannscher Versuch, die Freiheit in Elsaß-Lothringen, wenn auch einigermaßen nachträglich, zu retten und die Absichten der Reichsregierung im Reichsland vor das Forum des württembergischen Landtags zu ziehen, auf daß wenigstens irgend eine Form für das beliebte Selbstprädicat der „geistigen Führung“ übrig bleibe, hat sich vorderhand als unausführbar erwiesen, weil die Antwort des Ministerpräsidenten auf die Anfrage Gaußmanns ausgeblieben ist. In den Kreisen der Rechten ist man unfreundlich genug, dies als ein ganz unverdientes Glück des Fragestellers zu bezeichnen. Seitdem die Nationalliberalen gleich bei der Präsidentenwahl unzweideutig zu erkennen gaben, daß sie nicht ohne weiteres als Bestandteil einer „Linken“ angesehen werden wollen und die Gaußmannsche Führung noch deutlicher als schon im letzten Landtag ablehnen, ist der Stern des Abgeordneten für Balingen im stetigen Sinken begriffen; doch hat er bei der deswegen in der Ebinger Hochburg auf dem Parteikonferenz vorberbeiteten und bis auf die entgangene Ehrenbürgererschaft wohlgelungenen parlamentarischen Jubiläumfeier noch einmal hell gestrahlt.

Es ist darum falsch, wenn da und dort behauptet, der schon in der Januartagung angeblich gewonnene Eindruck, daß die Gruppe der Linken in der Zweiten Kammer nicht weniger geschlossen aufträte als der Block der rechtsstehenden Parteien. Selbst in Sachen der Kreisregierungen, jener großen, vom ganzen Land mit Spannung verfolgten und von der Linken mit so viel Leidenschaft betriebenen Kraftprobe zwischen rechts und links war nur die Sozialdemokratie auf der linken Hälfte des Hauses in sich geschlossen. Das geistig bedeutende Mitglied der Volkspartei, das zwar dem neuen Landtag nicht mehr angehört, Friedrich von Bayer, hielt es darin von jeher mit den härteren Bataillonen der Rechten, und so hat es jetzt auch sein Nachfolger im Reutlinger Mandat gehalten.

Erfreulich war es, daß Rechte und bürgerliche Linke sich mehrmals zusammenfanden, so im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, wenn auch nicht gerade grundsätzlich, da der Rotblock zumeist tadellos funktionierte, so doch in bestimmten Fragen wie im Kampf gegen die parteipolitische Verbeugung der Schuljugend und gegen die Auswüchse der Kinematographen. Und volle Übereinstimmung des Hauses einschließlich der Sozialdemokratie bestand sogar bei den Forderungen für bestimmte Bahnbauten. Erleichtert wurde die parlamentarische Arbeit übrigens durch die gehefferte Finanzlage des Landes, die seit den letzten vier Jahren ein von Grund auf verändertes Bild aufweist, das leider sich im Stande der Anleihekrise und in der Annahme neuer Emissionen gar nicht wieder spiegelt und das in den letzten Tagen wieder einigermaßen getrübt wurde durch den zu erwartenden Millionenausfall infolge der Übertragung einzelner Landessteuern an das Reich, in gewissem Sinne auch durch den allmählich einsetzenden Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur. Wenn dadurch die Bewilligungsfreudigkeit des Landtags künftig etwas gehemmt würde, wenn seine Neigung zum Fordern, seine allzu große Vorliebe für Anregungen an die Staatsregierung zu kostspieligen Vorlagen und Verordnungen etwas eingedämmt würde, so würde das nicht zuletzt auch bei dieser die Überzeugung bestärken, daß es sich mit dem neuen Landtag trotz seiner Schwächen gut leben läßt.

#### Verband der Deutschnationalen Arbeitervereine.

Der Verband Deutschnationaler Arbeitervereine hielt am Samstag und Sonntag in Hirschberg a. S. eine Vorstandssitzung ab, in der zunächst über ein weiteres starkes Anwachsen der Bewegung berichtet werden konnte. In den letzten Tagen sind neue Arbeitersekretäre in Bayern

und Schlesien angestellt worden. Am Samstag abend wurde zunächst durch eine Rede des Arbeitersekretärs Krause-Freiberg über „Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit“ noch einmal des Jubiläums gedacht. Dann hielt der durch seine Tätigkeit für die nationale Arbeiterbewegung weit bekannte Leiter des Verbandes, Pastor Richter-Königsvalde, eine von großer Begeisterung getragene und mit großer Begeisterung aufgenommene programmatische Rede über die Grundlage und die Ziele des Verbandes, in der er betonte, daß der Verband im scharfen Gegensatz zur Sozialdemokratie stehe, aber es als eine Hauptaufgabe betrachte, in großzügigster Weise an der Vereinheitlichung der heute zersplitterten nationalen Arbeiterbewegung zielbewußt zu arbeiten. Der Sonntag war der Beratung des Verfassensstatuts gewidmet. Die Vorteile der Klasse sollen auch allen anderen auf nationalem Boden stehenden Arbeitervereinigungen zugänglich gemacht werden, worin ein praktisches Mittel für die Einigungsbestrebungen der nationalen Arbeiterbewegung gesehen wird. Den nationalen Arbeitervereinsorganisationen will man keine Konkurrenz machen, es sind vielmehr Anträge von einzelnen Mitgliedern um Aufnahme in die Klasse abgewiesen worden.

**\* Vom Kaiser. Aus Valestrand:** Montag vormittag wurde an der Friedrichs-Statue der Kopf in anderthalb Stunden hinaufgehoben. Das Wetter ist vortrefflich. An Bord ist alles wohl. Der Kaiser arbeitete vormittags allein und nahm später die Vorträge der Chefs des Militär- und des Marinekabinetts, sowie des Vertreters des Auswärtigen Amtes, Gesandten von Trentler, entgegen. Nachmittags machte der Kaiser einen Spaziergang an Land.

**\* Der Prinz von Wales,** der gegenwärtig infognito in Begleitung des Professors Fiedler von der Oxford-Universität eine Reise durch ganz Deutschland macht, kam gestern im Automobil von Leipzig zum ersten Male nach Berlin. Bald nach seiner Ankunft unternahm der Prinz einen Spaziergang durch die Stadt, der sich auf mehrere Stunden ausdehnte.

**\* Der Reichsanzeiger** veröffentlicht das Gesetz über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag.

**\* Deutsches Turnfest in Leipzig.** Der gestrige Vormittag brachte zunächst den Zwölfkampf der zwei Hauptgruppen der Zwölfkämpfer. Darauf traten mehrere Kreise zum Kreisturnen an. Am Nachmittag traten zunächst die Fechter an, sodann folgte das Turnen der Leipziger Schuljugend, an dem sich in fünf Abteilungen 6000 Knaben und 6000 Mädchen beteiligten. Darauf wurden volkstümliche Übungen in fünf Abteilungen durchgeführt. Um sechs Uhr folgte das Tanzziehen und Ringen der Sechskämpfer, dann das Turnen der Turnerinnen, daran anschließend das Turnen der Jugendabteilungen. Im Schreberbad wurden nachmittags die Schwimmkämpfe ausgefochten.

#### Zeitungsstimmen.

##### \* Eine Viehfleischsteuerung.

Unter diesem Titel schreibt die „Bad. Landeszeitung“: Das kaiserliche Generalkonsulat in Buenos-Aires hat einen sehr beachtenswerten Bericht über die Verhältnisse auf dem Vieh- und Fleischmarkt in Argentinien erlassen, der auch gewisse Erscheinungen auf dem deutschen Fleischmarkt erklärt. Bei den Maßnahmen der Regierung, die aus Anlaß der Viehfleischsteuerung im September d. J. getroffen waren, war auch die Einfuhr von frischem Fleisch aus Belgien zugelassen. Man rechnete damals mit einer erheblichen Zufuhr von dort, weil Belgien in großem Umfange argentinische Rinder bezieht, deren Fleisch teilweise zur Ausfuhr gelangt. Aber die Zulassung der Einfuhr von Rindfleisch aus Belgien ist tatsächlich ohne Erfolg gewesen. Der oben erwähnte Bericht liefert eine Erklärung dafür, denn in Argentinien, wo früher ein derartiger Überfluß an Vieh herrschte, daß von der Kuh grundsätzlich nur die Junge vermehrt und alles übrige weggeworfen wurde, besteht gegenwärtig ein außerordentlicher Viehmangel, der zu sehr hohen Fleischpreisen geführt hat. Zurückzuführen ist diese Erscheinung auf die große Trockenheit im Jahre 1908 bis 1910, wo es allgemein an Viehfutter fehlte, so daß ein großes Viehsterben eintrat. Das Vieh wurde um jeden Preis verkauft, weil man es nicht ernähren konnte. Daneben stieg der Bedarf an Vieh für die Gefrieranstalten, die in das Ausland ausführen, von Jahr zu Jahr mehr. Im vergangenen Jahr sind 1,3 Millionen Stück ausgeführt worden. Die Ausfuhrsteuerung ist darauf zurückzuführen, daß die Vereinigten Staaten nahezu ganz aufgehört haben, gefrorenes Fleisch nach England zu liefern, und daß Kanada, Neu-Seeland und Australien ihre Lieferungen dorthin auch nicht steigern konnten. Einem erheblichen Rückgang in der Viehhaltung stand also eine Verdoppelung des Bedarfs gegenüber. Auf die trockenen Jahre folgten allerdings in Argentinien Jahre mit reichlichen Niederschlägen und großem Futterüberfluß, aber Vieh für die Weiden war nicht aufzutreiben; namentlich die Provinz Buenos-Aires, die früher die Stakammer des Landes an Rindvieh war, und die weiter südlich gelegenen Länder sind so gut wie völlig entleert von Rindvieh und Schafen. Die Viehpreise haben sich infolgedessen fast verdoppelt und im ganzen Lande herrscht Viehfleischmangel. Von den Gefrieranstalten, die für den Export arbeiten, hat bereits eine ihren Betrieb eingestellt, weil sie Vieh nur noch zu unerschwinglichen Preisen aufzuehren konnte. Eine Besserung in naher Zeit ist nicht zu erwarten, man nimmt vielmehr an, daß die Krisis erst im nächsten Jahre ihren Höhepunkt erreichen wird.

##### \* Ausland.

Paris, 15. Juli. Aus Tetman wird vom 12. d. Mts. gemeldet: Die Kämpfe haben seit zwei Tagen wieder begonnen. Namentlich am Freitag wurden die Spanier, die mit 12 000 Mann einen Ausfall machten, während des ganzen Tages beunruhigt. Sie verloren 60 Tote, darunter 3 Offiziere und 150 Verwundete. Die Spanier kehrten in ihre ursprünglichen Stellungen zurück, nachdem sie mehrere Quars verbrannt hatten. Die Hitze ist außerordentlich.

London, 16. Juli. Prinz Arthur von Connaught hat sich mit der Herzogin von Fife, einer Nichte des Königs, verlobt.

London, 15. Juli. Das Oberhaus hat in seiner heutigen Sitzung die zweite Lesung der Homerulebill mit 302 gegen 64 Stimmen abgelehnt und den Antrag Lord Lansdownes, die Bill zuvor dem Urteil der Wählerschaft zu unterbreiten, angenommen.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 16. Juli.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Luise ist gestern abend auf Schloß Mainau eingetroffen.

### \* Die heiße Quelle bei Krozingen.

Mitteilung aus der Großh. Lebensmittel-Prüfungsstation von Regierungsrat Prof. G. Rupp.

Das Thermalwasser und die Gase der bei Krozingen 1910/11 bei einer Tiefe von 424 Meter erbohrten Quelle wurden erstmals im Anfang April d. J. teils an der Quelle selbst, teils im Laboratorium der Großh. Lebensmittelprüfungsstation einer eingehenden Analyse unterworfen, die zu folgendem Ergebnis geführt hat:

Das Thermalwasser des Krozinger Sprudels enthält im Liter 4 Gramm feste Bestandteile (Salze), die im wesentlichen aus schwefelsaurem Calcium und Natrium, kohlensauren Erdalkalien (Kalk, Magnesia und Strontian), Eisen, Alkalichloriden, wie Kalium-, Natrium- und Lithiumchlorid, geringen Mengen von Borfäure und Spuren von Cäsium und Brom bestehen.

Die Krozinger Quelle liefert in einer Sekunde durchschnittlich 80 Liter Mineralwasser mit einer Temperatur von 40,3 Grad Cels.

Die Gase, die mit dem Thermalwasser der Quelle entströmen, bestehen vorwiegend aus Kohlendioxid (etwa 95 Prozent), Stickstoff und Sauerstoff.

Nach dem Ergebnis der im Juli d. J. ausgeführten Kontrollanalyse und nach den Wassermessungen ist die Zusammensetzung des Thermalwassers und der Quellgase, sowie die Ergiebigkeit der Krozinger Quelle eine sich gleichbleibende. Nach dem chemischen Befunde des Thermalwassers und gemäß den Grundjagen des Deutschen Bäderbuches zur Einteilung der Mineralwässer ist die Krozinger Therme zu den warmen sulfatisch-salminischen Bitterquellen zu rechnen und zeichnet sich unter den bekannten Bitterquellen durch ihre hohe Temperatur und durch ihren außerordentlich hohen Gehalt an Kohlendioxid aus.

### Die Einkommens- und Vermögenssteuer nach der Veranlagung für das Jahr 1913.

\* Die Zahl der Pflichtigen zur Einkommenssteuer ist von 445 852 im Jahr 1912 auf 461 544 im Jahr 1913 oder um 3,5 Proz. gewachsen. Das steuerbare Gesamteinkommen beläuft sich auf 1078,4 Mill. M., der hieraus sich ergebende Gesamtsteuerbetrag auf 24,1 Mill. M.; die Vermehrung gegenüber dem Vorjahr macht 6,2 bezw. 8,4 Proz. aus. Unter der Gesamtzahl der Besteuereten sind 666 (= 0,1 Proz.) juristische Personen — Aktiengesellschaften usw., d. h. 57 mehr als im Jahr zuvor, mit einem steuerbaren Einkommen von 55,8 Mill. M. (= 5,2 Proz. des gesamten steuerbaren Einkommens) und einem Steuerbetrag von 2,7 Mill. M. (= 11,2 Proz. des Gesamtsteuerbetrags). Nach der Volkszählung von 1910 entfallen für das Land im ganzen auf je 100 Einwohner 21,5 (1912: 20,8) besteuerte natürliche Personen und von ihrem Gesamtsteuerbetrags in Höhe von 21,4 Mill. M. durchschnittlich auf je eine natürliche Person 43,4 M.

Vom gesamten Einkommenssteuerbetrags des Großherzogtums sind 16,5 Mill. M. (= 68,7 Proz.) von den 188 977 (= 40,9 Proz.) Steuerpflichtigen der 15 Städte mit über 10 000 Einwohnern aufzubringen, 2,3 Mill. M. (= 9,5 Proz.) von den 51 762 (= 11,2 Proz.) Pflichtigen aus den 53 Städten und Gemeinden mit 4000 bis 10 000 Einwohnern und den kleinen Amtsstädten unter 4000 Einwohnern; 5,3 Mill. M. (= 21,8 Proz.) werden von den 220 805 (= 47,9 Proz.) Besteuereten der 1525 übrigen Gemeinden des Landes getragen.

Während für das Land im ganzen das Steuerbetrags der juristischen Personen von jenem sämtlicher Pflichtigen 11,2 Proz. ausmacht, stellen sich die verhältnismäßigen Anteile in den 3 Gemeindegruppen in einzelnen wie folgt: Städte mit über 10 000 Einwohnern bei 44,9 steuerpflichtigen juristischen Personen = 9,0 Proz.; Städte und Gemeinden mit 4000 bis 10 000 Einwohnern usw. bei 97 Steuerträgern = 1,1 Proz.; übrige Gemeinden bei 120 besteuerten juristischen Personen = 1,1 Proz.

In der Gruppe der 15 größten Städte des Landes mit über 10 000 Einwohnern kommen auf je 100 derselben 26,2 besteuerte natürliche Personen, in der nächsten Gemeindegruppe nur 22,4 und in der Gruppe, die sich aus dem großen Rest der Gemeinden zusammensetzt, sogar nur 18,5; ebenso stuft sich der Steuerbetrag ab, der vom Gesamtsteuerbetrags der natürlichen Personen in Höhe von 14,4 bezw. 2,0 und 5,0 Mill. M. in den 3 Gemeindegruppen auf je eine natürliche Person entfällt;



er beziffert sich dementsprechend auf 76,3 bzw. 39,2 und 22,6 M.

Nähezu drei Viertel sämtlicher Einkommensteuerpflichtigen sind in den 7 niedersten Steuerstufen mit Einkommen von 900 bis unter 2000 M. veranlagt, und zwar 155 926 (= 33,8 Proz.) in den 3 niedersten Stufen der Gruppe I mit einem Einkommen von 900 bis unter 1200 M. und 186 925 (oder 40,5 Proz.) in den 4 Stufen der Gruppe II mit Einkommen von 1200 bis unter 2000 M.; unter den Pflichtigen der ersten Gruppe befinden sich 23, unter jenen der zweiten 67 juristische Personen. Das Steuerbetreffnis der Gruppe I beträgt mit 1,2 Mill. M. nur 4,8, jenes der Einkommensgruppe II mit 3,3 Mill. M. nur 13,6 Proz., zusammen bei I und II nur 18,4 Proz. des Gesamtsteuerbetreffnisses sämtlicher Einkommenssteuerpflichtigen. Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 100 000 M. und mehr sind im Lande 335 vorhanden, darunter 86 juristische Personen; sie machen zusammen nur 0,07 Proz. aller Steuerpflichtigen aus; diese Steuerpflichtigen haben aber vom Gesamtsteuerergebnis 5,1 Mill. M., d. i. 21,1 Proz. oder über ein Fünftel aufzubringen, davon 138 Steuerpflichtige mit Einkommen von 200 000 M. und mehr allein 3,7 Mill. M. oder 15,5 Proz. der Gesamtsteuerleistung. Unter diesen Höchstbesteuerten mit Einkommen von 200 000 M. und mehr befinden sich 52 juristische Personen mit einer Steuerleistung von 2,1 Mill. M.

In den Steuerstufen bis unter 2800 M. Einkommen sind unter den 398 479 Steuerpflichtigen zahlreiche Steuerträger eingereiht, welche eine Steuerermäßigung nach Art. 21a E. St. G. genießen, deren steuerbares Einkommen das der betreffenden Stufen also tatsächlich übersteigt. Steuerbefreiungen sind im Berichtsjahr 894 gewährt worden gegen 360 im Vorjahr; der hieraus entstandene Ausfall an Einkommensteuer beträgt 5357 M. gegen 2204 M. im Jahr 1912. Steuerermäßigungen um 1 oder 2 Stufen sind eingetreten in 3932 Fällen; die dadurch ausgefallene Steuer beläuft sich auf 19 550 M. Im Veranlagungsjahr 1912 waren es nur 1587 Steuerermäßigungen mit 7638 M. Ausfall. Der Gesamtausfall an Einkommensteuer durch Befreiungen und Ermäßigungen ist also von 9842 M. in 1912 auf 24 907 M. im Berichtsjahr gestiegen.

Zur Vermögenssteuer sind im Berichtsjahr 1913 zusammen 395 338 (1912: 388 041) natürliche und juristische Personen eingeschätzt worden. Die Zahl der Steuerpflichtigen ist somit um 66 206 geringer als bei der Einkommensteuer. Betrachtet man die Gemeindegruppen mit den Städten über 10 000 Einwohnern unter diesem Gesichtspunkt für sich, so überwiegt hier die Zahl der zur Einkommensteuer Veranlagten jene der Vermögenssteuerpflichtigen um weitaus mehr als das Doppelte; letztere bleibt mit 84 935 um 104 042 hinter der ersteren zurück. Die Stadt Mannheim a. B. zählt 58 404 Einkommensteuerpflichtige, aber nur 17 821 Vermögenssteuerpflichtige, Karlsruhe entsprechend 35 800 gegen 16 234, Freiburg 19 738 bzw. 11 179, Pforzheim 21 244 bzw. 9000, Seidelberg 14 289 bzw. 7982, Konstanz 6986 gegen 3205. Im Gegensatz hierzu überwiegt die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen vor allem in den landwirtschaftlichen Bezirken; so z. B. u. a. in 5 von den 6 Amtsbezirken des Kreises Konstanz, in 3 von den 4 Amtsbezirken des Kreises Waldshut, in sämtlichen 5 Amtsbezirken des Kreises Offenburg, desgleichen in den 7 Amtsbezirken des Kreises Mosbach, dagegen bei den 9 Amtsbezirken der industriellen Kreise Karlsruhe und Mannheim nur im vorwiegend agrarischen Amtsbezirk Bretten. Die Erklärung für diese Erscheinung liegt insbesondere auch darin, daß bei der außerordentlichen Verbreitung kleiner und kleinster landwirtschaftlicher Besitzheiten in unserm Land zahlreiche Landwirte zwar zur Vermögens-, aber nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden. Von der Gesamtzahl der Vermögenssteuerpflichtigen sind 11 472 oder 2,9 Proz. aller Veranlagten juristische Personen gegen 0,14 Proz. bei der Einkommensteuer. Der Preis der steuerpflichtigen juristischen Personen ist bei der Vermögenssteuer viel größer als bei der Einkommensteuer, u. a. schon deshalb, weil außer den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, den Gesellschaften m. b. H., Gewerkschaften und Konsumvereinen auch die übrigen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die politischen Gemeinden und die rechtsfähigen Vereine mit ihrem Vermögen zur Steuer herangezogen werden, und weil den juristischen Personen im Vermögenssteuergesetz die offenen Handels- und die Kommanditgesellschaften gleichgestellt sind.

Der gesamte Vermögenssteueranschlag des Landes ist von 9651,5 Mill. M. in 1912 auf über 10 Milliarden (10 075,2 Mill. M.) im Jahr 1913 gestiegen, der Steuerbetrag von 10,6 Mill. M. auf 11,1 Mill. M. Die auf die juristischen Personen treffenden Anteile machen 2924,9 Mill. bzw. 3,2 Mill. M. (d. i. 29,0 bzw. 29,7 Proz.) aus.

Von der Gesamtzahl der Vermögenssteuerpflichtigen sind 84 935 (= 21,5 Proz.) mit einem Vermögenssteueranschlag von 5308,7 Mill. M. und einem Steuerbetrag von 6,5 Mill. M. (= je 58,7 Proz.) in Städten mit über 10 000 Einwohnern veranlagt, 39 209 (= 9,9 Proz.) mit 978,8 Mill. M. bzw. 1,1 Mill. M. (je 9,6 Proz.) in Städten und Gemeinden mit 4000 bis 10 000 und in Amtsstädten mit unter 4000 Einwohnern, 271 194 (= 68,6 Proz.) mit 3192,7 Mill. M. bzw. 3,5 Mill. M. (je 31,7 Proz.) in den übrigen Gemeinden des Landes. Die gestimmten aus Einkommen und Vermögen erwachsenden Steuererträge berechnen sich für das Jahr 1913 auf 35,2 Mill. M., wovon die 15 größten Städte

zusammen 65,5 Proz., also nahezu zwei Drittel, die beiden andern Gemeindegruppen 9,6 bzw. 24,9 Proz. und die juristischen Personen aller 3 Gruppen 16,8 Proz. aufzubringen haben.

**Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Konstanz.** Ernannt sind zum Postsekretär der Ober-Postassistent Kiefer in Konstanz, zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Große in Dreifach, Lorenz und Stegle in Freiburg, Meher in Singen; zum Ober-Telegraphenassistenten der Telegraphenassistent Schwedtfeger in Freiburg. — **Stattmäßig angestellt** ist der Postassistent Glanz aus Dinglingen als solcher in Freiburg. — **Beurlaubt** sind der Postmeister Fischer von Engen nach Müllheim; der Ober-Postassistent Weinmann von Säckingen nach Donaueschingen; die Postassistenten Greiner von Donaueschingen nach Säckingen, Knoche von Radolfzell nach Dinglingen.

**Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft** hatte in diesem Jahre ein Preisauschreiben für bäuerliche Buchführungen veranstaltet. Nach dem Ergebnis der Prämierung sind nunmehr von den 11 im ganzen zuerkannten Auszeichnungen 9 auf badische Landwirte gefallen, und zwar 2 erste Preise zu je 150 M., 4 zweite Preise zu je 75 M. und 3 Anerkennungen.

**oc. Schönberg (Amt Lehr), 15. Juli.** Bei der gestrigen Bürgermeisterversammlung wurde Landwirt Gg. Gutmann zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt. Von 43 Wahlberechtigten stimmten 41 ab. Der Landwirt Joseph Himmelsbach erhielt 19 Stimmen, Gutmann 21.

**Freiburg i. Br., 16. Juli.** Wie die „Freiburger Tagespost“ meldet, ist in der Frage der Bürgermeisterwahl gestern zwischen den drei großen politischen Parteien, dem Zentrum, den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten eine Einigung zustande gekommen, wonach diese Parteien den bisherigen zweiten Bürgermeister Nibel zum ersten Bürgermeister, und an seiner Stelle den Bürgermeister Dr. Hofner in Ettlingen bei Karlsruhe als zweiten Bürgermeister wählen. Da die drei Parteien sich zur Wahl dieser Kandidaten am nächsten Freitag verpflichtet haben, werden sie mit erheblicher Stimmenmehrheit gewählt werden. Die Wahl eines Technikers, die von manchen Seiten betrieben wurde, ist damit gegenstandslos geworden.

**co. Konstanz, 15. Juli.** Wegen der Ersetzung der beim Erdbeben von 1911 abgestürzten Kreuzblume des Konstanzer Münsters durch eine Muttergottesstatue werden von mehreren Seiten Bedenken des Stils und des Geschmacks erhoben. Das Dach eines gotischen Turmes müsse notwendig eine Kreuzblume sein; eine Statue passe in die hohen Lüfte nicht. Im Innern des Münsters seien als trübes Andenken der Bildhauerei manche leere Konsolen, die früher Statuen trugen; dorthin würde eine Muttergottesstatue eher passen. Eine Entscheidung scheint noch nicht erfolgt zu sein.

### Aus der Residenz.

**Sommertheater Karlsruhe.** Heute Abend, Mittwoch, findet die 9. Wiederholung der Fallischen Operette „Der liebe Augustin“ statt. Die Besetzung der heutigen Aufführung ist folgendermaßen: Nicola-Verfen; Bogumil-Köhler; Zafomir-got-Kühle; Matthäus-Hande; Helene-Gree; Anna-Dürckhammer; Pips-Enlon. — Für Samstag den 19. Juli ist die Premiere: „Puppen“ in Aussicht genommen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

#### Der neue Balkankrieg.

**Belgrad, 16. Juli.** Nach Informationen von maßgebender Stelle erscheinen die Blättermeldungen über den unmittelbar bevorstehenden Friedensschluß verfrüht, da die Verhandlungen überhaupt noch nicht aufgenommen worden sind.

**Paris, 16. Juli.** Der St. Petersburger Korrespondent des „Figaro“ meldet: Die Annahme der harten Bedingung der Demobilisierung, zu der sich Bulgarien ohne jede Wirksamkeit und nur in vollem Vertrauen zu Rußland verstanden habe, wird hier als ein Akt sehr verdienstlicher und würdiger Klugheit angesehen. In hohen russischen Kreisen neigt man immer mehr zu der Überzeugung, daß die furchtbare Verantwortung für die ersten Kämpfe an der serbischen Grenze nicht die bulgarische Regierung, sondern ausschließlich einzelne politisierende Generale trifft. Man wird begreifen, daß die Serben und Griechen dem Wunsche, aus den in Sofia begangenen Fehlern, Nutzen zu ziehen, nicht widerstehen können, aber man würde deren unnachgiebige Haltung — diese Torheit würde übrigens in unüberwindlichen inneren Schwierigkeiten zum Ausdruck kommen — als unverzeihlich ansehen.

**Wien a. N., 16. Juli.** Die „Kölnische Zeitung“ erhielt von ihrem Berichterstatter folgendes vom 15. ds. datierte Telegramm: Die russische Regierung bedauert sehr, nach der Zurückweisung der von ihr im Interesse Bulgariens vorgeschlagenen Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen durch Serbien und Griechenland in der Sache des Waffenstillstandes noch weiter tätig zu sein. — Das bulgarische Ministerium Denev hat um seine Entlassung gebeten. An seine Stelle tritt ein aus allen liberalen Parteien gebildetes Kabinett.

**Konstantinopel, 16. Juli.** (Wiener Corr.-Büro.) Die Formalitäten des Austausches der Ratifikationen des Präliminarfriedens mit dem serbischen Delegierten Pawlowitsch sind im letzten Augenblicke vertagt worden, weil, wie man sagt, über das gegebene Zusatzprotokoll noch keine Einigung erzielt worden ist.

**Bukarest, 16. Juli.** Wie der „Agence Roumaine“ mitteilt, wird, daß die Armee gestern die Donau an zwei Punkten überschritten. Der Brückenschlag war nach sieben Stunden vollendet. Die Armee setzte sodann ihren Marsch in das bulgarische Gebiet fort.

**Konstantinopel, 16. Juli.** Wie verlautet, haben die Türken in Rodosto nach dem Abzug der bulgarischen Truppen Armenier, angeblich auch Griechen massakriert. Die Zahl der Opfer soll vierzig betragen. Das armenische katholische Patriarchat überreichte der Pforte eine darauf bezügliche Beschwerde. Die Pforte forderte den Generalissimus auf, eine Untersuchung einzuleiten.

**Berlin, 15. Juli.** Im Auftrage der griechischen Regierung teilt die griechische Gesandtschaft in Berlin folgende genaue Daten über die bulgarischen Greuel mit:

Die Verbrennung der 700 Griechen durch die Bulgaren in Kilikisch geschah am 4.—5. dieses Monats. Die Verbrennung der Einwohner von Klaniha und Kaimoto durch die Bulgaren am 4. und 6. d. Mts. Die Massakrierung der Einwohner von Rigrta und Bogdanga geschah am 6. und 7. d. Mts. durch die bulgarische Armee. Die Enthauptung des verwundeten griechischen Leutnants Markantonakis und das Herausbohren der Augen seiner 12 verwundeten Soldaten geschah durch die bulgarische Armee am 5. d. Mts. bei Sarigul. Die Ermüdung der 100 Bewohner von Demir-Hissar (Bischof und 2 Priester darunter), die Schändung ihrer Frauen und die Zerstückelung von Agathe Kipuros geschah am 8. und 9. d. Mts. durch die bulgarische Armee unter dem Gendarmereioffizier Religof. Die Entführung des Bischofs von Doiran, Fotios, und der 30 Notabeln (darunter Paragianis, D. und G. Tzimatias, Ch. und Em. Pomas, N. und G. Tzankas, Monastiris, G. S. Anastasiou, V. Bartos usw.) erfolgte am 11. d. Mts durch die Armee — wir befürchten, daß auch diese Leute massakriert wurden. Die Massakrierung der 200 Notabeln von Serres (Direktor der Orientbank Stamulis, Gymnasialdirektor Papapablu, die Ärzte Chrysafis und Fokas) durch die bulgarische Armee geschah am 10. und 11. d. Mts. Die Plünderung und Verbrennung von Dozana und Massakrierung ihrer Bewohner geschah am 14. d. Mts. durch die flüchtende bulgarische Armee. Die auf 70 Munitionswagen entführten Habseligkeiten fielen in der Einnahme von Drama wieder in die Hände unserer Soldaten und wurden den überlebenden Einwohnern zurückerstattet usw. . . . Wo auch die flüchtende bulgarische Armee vorüberkam, wurde alles verbrannt, ermordet, geschändet und zerstört.

**Shanghai, 17. Juli.** Der Zusammenstoß zwischen nordchinesischen und süddinesischen Truppen in Kiangsi erregt hier große Besorgnis. Man befürchtet, daß dies der Beginn einer zweiten Revolution sein möchte.

### Verschiedenes.

#### Luftschiffahrt.

**Friedrichshafen, 17. Juli.** Das Luftschiff „L. S. 20“ ist heute vormittag 11 Uhr 20 Min. zu einer Abflugfahrt nach Frankfurt a. M. aufgehtiegen. Am Bord befindet sich ein Teil der militärischen Abnahmekommission. Um 12 Uhr 40 Min. hat das Luftschiff Obermettingen bei Balingen in der Richtung auf den Hohenzollern passiert.

**Berlin, 16. Juli.** Im Teltowkanal ertränkten sich nachts der 18jährige (!) Geschäftsangestellte Graubaum aus Lantow und seine 17jährige (!) Geliebte, das Dienstmädchen Koscharowski aus Steglitz, da die Eltern mit der Heirat (!!) nicht einverstanden waren. Die Leichen sind geborgen.

### Familiennachrichten.

**Geburten.** Ein Knabe: E. Emil Feibelmann, Kaufmann. — B. Wilh. Bruck, Dipl.-Ingenieur — R. Leonh. Kellenberger, Direktor. — Ein Mädchen: B. Heinrich Birth, Kaufmann.

**Todesfälle.** Karl Mähler, Kaufmann, Chemann. — Joh. Eberle, Metzger, Chemann. — Stefanie Haug, Einlegerin, ledig. — Karoline Monz, Ehefrau. — Karoline Stürmer, Wäglerin, ledig. — Anna Reinhardt, Ehefrau. — Elise Adersmann, Ehefrau. — Alfred, B. Johann Burdhardt, Werkmeister.

**Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro.** vom 16. Juli 1913.

Der hohe Druck hat sich mehr nach Südwesteuropa verschoben und sendet von da aus einen Ausläufer zu den Alpen hin; die Depression über Westrußland hat sich dagegen noch über die Ostsee und Skandinavien ausgedehnt und sich noch verstärkt. Bei Island ist eine neue Depression erschienen. Auf unserem Gebiet herrscht meist bewölkt, stellenweise regnerisches Wetter; die Temperaturen liegen tiefer. Zunächst werden sich wohl Ausläufer der erwähnten Depression noch geltend machen, später dürfte es unter dem Einfluß des hohen Druckes, namentlich im Süden des Landes, zeitweise aufklaren. Bei veränderlichem, mäßig kühlem Wetter sind zeitweise Regenfälle zu erwarten.

#### Wetternachrichten aus dem Süden

vom 16. Juli, früh:

Lugano bedeckt 15 Grad, Biarritz bedeckt 17 Grad, Perpignan heiter 17 Grad, Triest halbbedeckt 22 Grad, Rom heiter 20 Grad, Cagliari wolkenlos 21 Grad.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.**

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Wetter
15. Nachts 9 <sup>U</sup>	749.2	16.6	10.5	74	SW	heiter
16. Morgs. 7 <sup>U</sup>	749.6	14.1	9.7	81	WSW	bedeckt
16. Mittags 2 <sup>U</sup>	749.5	17.3	10.5	71	SW	Regen

Höchste Temperatur am 15. Juli: 22,2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12,8. Niederschlagsmenge, gemessen am 16. Juli, 7<sup>U</sup> früh: 12,8 mm.

**Wasserstand des Rheins** am 16. Juli, früh: Schusterinsel 2,58 m, gefallen 4 cm; Rehl 3,29 m, gefallen 6 cm; Maxau 5,00 m, gefallen 13 cm; Mannheim 4,39 m, gefallen 13 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**Bioson** ist für Blutarmer, besonders Frauen, Mädchen und Kinder jeden Alters ein unvergleichlicher Kraftspender. Sein belebender, erfrischender Einfluß auf Körper und Geist macht sich meist nach wenigen Tagen bemerkbar. Das echte Bioson, hergestellt unter Benutzung des Reichspatents 171371, ist erhältlich in allen Apotheken und Drogerien, die Dose (circa 1/4 Kilo) Mark 3.—, E.103



